

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

SPD und PDS verfügen über keinerlei gemeinsame Basis, stellt Angelika Barbe fest.

Seite 1

Von einem politischen Affront des Bundesinnenministers gegen Wissenschaftler berichtet Frelmut Duve MdB.

Seite 2

Eine Aufschiebung der Entscheidung über den umstrittenen Staudamm Arun III in Nepal fordert Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB.

Seite 3

In eigener Sache: Wasser für Bellah - ein Weihnachtswunsch.

Seite 4

49. Jahrgang / 215

10. November 1994

Die PDS ist kein Umgang für die SPD Festhalten an sozialdemokratischen Grundprinzipien

Von Angelika Barbe
SPD-Vorstandsmitglied

Die Frage des Umgangs mit der PDS hält unsere Partei auch nach der Bundestagswahl in Atem und gelegentlich entsteht der Eindruck, wir hätten unsere Haltung gegenüber der PDS zu revidieren. Festzuhalten bleibt aber vielmehr: Die PDS ist kein Partner für die Sozialdemokratie. Mit dieser Partei ist keine sozialdemokratische Reformpolitik durchsetzbar. Reformprojekte bedürfen eines demokratischen Konsenses und gesellschaftlicher Mehrheiten, die aber durch die PDS verhindert werden.


Daher muß die SPD alles unterlassen, was zur Aufwertung der PDS als Partei führt.

SPD und PDS verfügen über keinerlei gemeinsame Basis. Die PDS vertritt irreal populistische Forderungen. Sie stellt die parlamentarische Demokratie und die Institutionen des Rechtsstaates in Frage. Sie betreibt Geschichtsklitterung und behindert eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Erbe der SED-Diktatur. Im Gegensatz zu anderen postkommunistischen Parteien (wie etwa der Ungarischen Sozialistischen Partei) hat sie keinen wirklichen organisatorischen und politischen Bruch mit der Vergangenheit vollzogen. Die Bundestagswahl hat erhebliche Unterschiede zwischen den Wählergruppen der SPD und der PDS aufgezeigt. Sozialdemokratische Politik ist aber unvereinbar mit einer Lobbypolitik für ehemals Systemprivilegierte.

Jeglicher Versuch, unseren Ortsvereinen und Abteilungen das basisdemokratische Recht, über die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder zu entscheiden, streitig zu machen, riskiert die Gefahr eines Bruchs innerhalb der Partei und einer Entfremdung vieler Mitglieder in Ost und West.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 31 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kostenlos Umwelt
freundliches Recycling
Papier 

Eine wirkliche Versöhnung innerhalb der Gesellschaft kann nicht ohne und gegen die Opfer des SED-Systems geschahen. Es darf nicht sein, daß die fehlerhafte Vergangenheitsaufarbeitung nach 1945 vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit der zweiten Diktatur nachträglich von Sozialdemokraten idealisiert wird.

(-/10. November 1994/hgs/ks)

Kanther brüskiert Stiftung
Politischer Affront des Bundesinnenministeriums gegen Wissenschaftler

Von Freimut Duve MdB

Innenminister Kanther hat die Liste der vom Kuratorium gewählten künftigen Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats selbstherrlich gekippt und will ausgewiesene Fachvertreter durch Leute seiner Wahl ersetzen - ein Mißtrauensvotum gegen das Kuratorium:

Unter Vorsitz seines Staatssekretärs Priesnitz (!) und mit den Stimmen des Bundesinnenministeriums hatte das Kuratorium am 30. Mai 1994 Sachverständige wie die Professoren Jürgen Kocka oder Peter Brandt im ersten Wahlgang mit überzeugender Mehrheit, nämlich 19 beziehungsweise 17 von 20 Stimmen gewählt. Jetzt ersetzt das Bundesinnenministerium diese beiden durch Professoren, die zwar benannt, aber nicht gewählt worden waren! Mit dem ebenfalls vom Kuratorium nicht gewählten Vertreter der Adenauer-Stiftung wurde überdies eine Institution auf die Liste gezwungen, die sich gesetzeswärdig bis zum heutigen Tag weigert, die Akten der Ost-CDU in die Stiftung einzubringen.

Man hätte noch Verständnis aufbringen können, wenn das BMI die drei vom Kuratorium offengelassenen Sitze mit Sachverständigen seiner Wahl besetzt hätte. Im Handstreich aber sechs regierungsgenehme Sachverständige zu berufen, die nicht gewählt worden waren und drei Gewählte von der Liste zu streichen, wirft die Frage auf, ob Kanther auch weiterhin die Akten der Ost-CDU der Forschung vorenthalten will? Dieser politische Affront darf nicht widerspruchslos hingenommen werden.

Ich habe daher der Bundesregierung folgende Fragen gestellt:

1. Wie rechtfertigt die Bundesregierung ihre Entscheidung, die unter Vorsitz von Staatssekretär Priesnitz vom Kuratorium der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR

am 30. Mai 1994 durchgeführte Wahl der künftigen Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats in weiten Teilen zu ignorieren, indem sie Nichtgewählte berufen will und gewählte ausgewiesene Fachvertreter aus dem Beirat wieder entfernt?

2. Hält die Bundesregierung die Weigerung der Adenauer-Stiftung, die Akten der Ost-CDU in die Stiftung einzubringen, für gerechtfertigt?

(-/10. November 1994/hgs/ks)

Ein Staudamm mit vielen Fragezeichen
Weltbankentscheidung zu Arun III aufschieben

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Das umstrittene Staudammprojekt der Weltbank in Nepal, Arun III, mit einer Finanzierungssumme von mehr als 200 Millionen DM von bundesdeutscher Seite darf nicht ohne parlamentarische Beratung im Schnellverfahren, quasi in einer Nacht- und Nebelaktion bevor der neue Entwicklungsausschuß konstituiert ist, durchgezogen werden.

Da eine adäquate parlamentarische Beratung bisher nicht möglich war, weil eine Reihe von Entscheidungsunterlagen nicht vorlagen und wichtige Fragen der SPD-Fraktion nicht beantwortet wurden, fordere ich die Bundesregierung auf, ihre Entscheidung aufzuschieben. Wir fordern die Bundesregierung auf, dieses Projekt bei der 1. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Bundesregierung hat meine ergänzenden schriftlichen Fragen vom 10. Mai und 26. Oktober nicht ausreichend beantwortet. Der von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) erstellte Prüfungsbericht zum Arun III-Projekt wird einer parlamentarischen Beratung vorenthalten.

Die gewaltige Dimension des Projektes in finanzieller Hinsicht und seine säkulare Bedeutung für die Entwicklung von Nepal in wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht sollte die Bundesregierung veranlassen, nicht ohne Rückdeckung des Parlamentes ihre Entscheidung zu treffen. Ich habe in diesem Sinne Bundesminister Spranger aufgefordert, die Entscheidung entsprechend zu verschieben.

(-/10. November 1994/hgs/ks)

Wasser für Bellah

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wollen dieses Jahr auf besondere Grüße und Aufmerksamkeiten zu Weihnachten und zum Jahreswechsel verzichten. Statt dessen wollen wir einem kleinen Dorf in Kamerun unter die Arme greifen.

Das Dorf heißt Bellah und liegt weitab von jeder größeren Siedlung. Die Frauen und Kinder müssen jeden Tropfen Wasser von einer entlegenen Wasserstelle ins Dorf tragen. Häuptling der Region ist Fobellah Marfaw Charles. Er studiert an der Bonner Universität Pädagogik und regiert seinen Stamm zur Zeit aus der Ferne. Vor einiger Zeit strahlte der WDR einen Film über den jungen Häuptling aus. Auch bei Alfred Biolek trat Häuptling Marfaw auf. Einer seiner größten Wünsche ist es, seinem Dorf eine Wasserleitung zu bauen, um das harte Leben dort etwas zu erleichtern. Charles will bis zu seiner nächsten Reise nach Kamerun (Frühjahr 95) das notwendige Geld für die Wasserleitung (ca. 10.000,-, DM) beisammen haben. Wir wollen ihm dabei helfen.

Unsere Bitte: Machen wir dem jungen Häuptling, seinem kamerunischen Dorf und damit uns selbst eine Weihnachtsfreude, indem wir mithelfen, daß im nächsten Jahr die sehnlichst gewünschte Wasserleitung gebaut werden kann, und es die Frauen und Kinder von Bellah leichter haben.


Ihre Spende muß nicht groß sein. Wir würden uns freuen, wenn wir dieses Projekt "Wasser für Bellah" mit vielen kleinen Beträgen finanzieren könnten. Wir bitten um einen Scheck mit dem Stichwort "Wasser für Bellah" oder um Überweisungen einer Spende mit gleichem Vermerk an die

Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Konto Helmut Schmidt 108604729.

Auf Wunsch kann eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt ausgestellt werden.

Wir wollen das Ergebnis dieser Spendenaktion an Weihnachten Häuptling Fobellah Marfaw Charles überreichen.

Mit herzlichen Grüßen und allen guten Wünschen,
für die Weihnachtszeit und das Neue Jahr


SPD-Pressedienst GmbH
(Helmut G. Schmidt)
Geschäftsführer